



SPD Gemeinderatsfraktion • Sandweg 3 • 67240 Bobenheim-Roxheim

Gemeindeverwaltung Bobenheim-Roxheim  
z.H. Herrn Bürgermeister Michael Müller  
Rathausplatz 1  
67240 Bobenheim-Roxheim

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
**ORTSVEREIN BOBENHEIM-ROXHEIM**  
  
GEMEINDERATSFRAKTION

Bobenheim-Roxheim, 17. Juli 2019

## Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

**die SPD-Gemeinderatsfraktion stellt folgenden Antrag mit der Bitte um Behandlung im Gemeinderat:**

### **Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat**

**Der Gemeinderat beschließt wie folgt:**

- 1. Ab sofort auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) einzusetzen.**
- 2. Private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht zu verpflichten.**
- 3. Bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte zu initiieren.**
- 4. Bei der Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag zu verankern.**
- 5. Private Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung aufzufordern.**
- 6. Bürger/Innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Gemeinde zu informieren und gleich-zeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzuzeigen.**
- 7. Bestehende Pachtverträge zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht sie auf Glyphosatverzicht anzupassen.**

### **Begründung:**

Der Einsatz von Glyphosat hat eine tiefgehende Diskussion zum Einsatz von chemischen Stoffen ausgelöst, zumal die Weltgesundheitsorganisation Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ einstuft. Die Bundesregierung strebt den Ausstieg bis spätestens 2023 an und macht sich offenbar die Erkenntnisse der WHO zu Eigen. Für die zeitliche Verzögerung gibt es allerdings keine inhaltliche Begründung.



Wenn die Gefahren bei dem Einsatz der chemischen Stoffe heute bestehen, ist eine Verzögerung des Verzichts auf 2023 nicht nachvollziehbar. Viele der eingesetzten Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben. Auf öffentlichen Flächen, Sport- und Spielplätzen usw. könnten die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit der Bevölkerung kommen und bilden insbesondere für Kinder und Schwangere eine Gefahr.

Neben den unerwünschten Wildkräutern werden auch Insekten vernichtet und es werden vor allem Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse getroffen. Damit fallen für die Landwirtschaft, Kleingärten usw. die notwendigen Bestäuber für Wild- und Kulturpflanzen aus. Der Verlust der Artenvielfalt ist bereits heute deutlich spürbar und wird allgemein beklagt. Siedlungsgebiete sind oft die letzten Rückzugsorte für bedrohte Arten, die in der Agrarwirtschaft keinen Lebensraum mehr finden. Hier müssen Kommunen Verantwortung und auch eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen. Dies soll durch den Verzicht auf chemische Stoffe im kommunalen Einflussbereich geschehen.

In diesem Zusammenhang kündigt die SPD-Fraktion an, bei neuen Bebauungsplänen sich für eine Gestaltung von Garten- und öffentlichen Flächen einzusetzen, die Artenvielfalt garantieren und die zunehmenden „Steinwüsten“ in Gärten verhindern.

-Rainer Schiffmann-  
Fraktionsvorsitzender  
SPD-Gemeinderatsfraktion